

POSITIONSPAPIER

Armut hat ein junges Gesicht

Chancengerechtigkeit für alle jungen Menschen jetzt umsetzen!

**Bundesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V.**

Geschäftsstelle
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf
Fon 0211 94485-0, Fax 0211 486509

Büro Berlin
Chausseestraße 128/129, 10115 Berlin
Fon 030 2887895-6, Fax 030 2887895-5

bagkjs@jugendsozialarbeit.de
www.bagkjs.de

Einführung

Die Bundesregierung hat den 5. Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Dieser belegt erneut Handlungsbedarf, denn Deutschland bleibt ein in vieler Hinsicht gespaltenes Land. Einkommen und Vermögen sind in Deutschland ungleich verteilt. Die Armutsquote verharrt auf hohem Niveau. Manche Personengruppen sind besonders häufig von Armut und Ausgrenzung bedroht. Dazu zählen insbesondere Kinder und Jugendliche. Die Fakten dazu stellt die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. bereits seit 2010 in ihrem ‚Monitor Jugendarmut in Deutschland‘ fest. Der ‚Monitor Jugendarmut‘ erscheint alle 2 Jahre. Im Jahr 2014 waren 5 Prozent der deutschen Bevölkerung von erheblicher materieller Not betroffen. 3,7 Millionen unter 18-Jährige haben schlechte Startchancen; Armut und Arbeitslosigkeit sind die Hauptprobleme. Über 1,5 Millionen 18- bis 25-Jährige sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen oder bedroht. Jeder fünfte junge Mensch wächst in Armut auf und hat mit den Folgen zu kämpfen.

Jugendarmut betrifft in Deutschland vor allem junge Menschen ohne oder mit niedrigem allgemeinen Schulabschluss und ohne Berufsausbildung. Durch die Chancenungerechtigkeit in Schule und Ausbildung verfestigen sich finanzielle, soziale und emotionale Armutsverhältnisse. Die betroffenen Jugendlichen werden damit von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Bildung und Ausbildung sind in Deutschland zu stark von der sozialen Herkunft abhängig. Um die Vererbung von Armut zu durchbrechen, brauchen wir ein gesetzlich verankertes Recht auf Ausbildung. Die besonders harten Sanktionen gegenüber jungen Menschen im Hartz IV-Bezug sind menschenunwürdig, verfassungsrechtlich bedenklich; und daher abzuschaffen.

Vererbung von Armut überwinden

Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht bestärkt uns in der Forderung, die bildungsabhängige Vererbung von Armut endlich zu überwinden. Der Bildungserfolg bzw. Bildungsmisserfolg hängt weiterhin maßgeblich vom Elternhaus ab. 43,8 Prozent der Hauptschulabsolventinnen und -absolventen haben Eltern, deren höchster Schulabschluss ebenfalls ein Hauptschulabschluss ist. Bildungschancen werden durch die frühe Weichenstellungen im Schulsystem beeinflusst. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass Kinder aus sogenannten bildungsfernen Haushalten bei der Übergangsempfehlung für die weiterführenden Schulen durch die Lehrerinnen und Lehrer evident benachteiligt werden.

Aus unserer Sicht darf die soziale Herkunft keinen Determinismus für die Bildungsbiographie junger Menschen darstellen. Vielmehr müssen die vorhandenen Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen bestmöglich gefördert werden. Hierzu bedarf es sowohl eines verbindlichen und qualifizierten Ausbaus der Ganztagesbetreuung in Schulen sowie der flächendeckenden Implementierung der Schulsozialarbeit. Die Arbeit von Lehrkräften und Fachkräften der Sozialen Arbeit muss ineinander greifen und eine individuelle Förderung eines/einer jeden einzelnen Jugendlichen ermöglichen. Multiprofessionelle Teams erleichtern eine solch individuelle Förderung.

Mitgliedsorganisationen Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – Bundesstelle e. V.; Deutscher Caritasverband e. V.; Deutsche Provinz der Salesianer Don Boscos; IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit – Deutschland e. V.; Katholische Arbeitsgemeinschaft Migration (KAM); Kolpingwerk Deutschland – Bundesverband; Sozialdienst Katholischer Frauen, Zentrale e. V.; Verband der Kolpinghäuser e. V.; Sieben Landesarbeitsgemeinschaften in: Baden-Württemberg; Bayern; Berlin/Brandenburg; Nordrhein-Westfalen; Niedersachsen/Bremen/Hamburg/Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern; Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland; Thüringen

POSITIONSPAPIER

Gerechte Chancen für alle jungen Menschen

Die BAG KJS macht sich für gerechte Chancen für alle jungen Menschen stark. Armut hat ein junges Gesicht. Kinder und Jugendliche sind in Deutschland am stärksten von Armut betroffen oder bedroht. Seit dem Jahr 2008 ist die Armutsgefährdungsquote bei Jugendlichen gestiegen. Ein Fünftel der 14 – 19-Jährigen ist von Armut betroffen. Bei den 20 – 25-Jährigen ist es etwas ein Viertel. Diese Zahlen bestätigt auch der Kinder- und Jugend(hilfe) Monitor der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Arbeitslosigkeit der Eltern ist ein Hauptrisiko für das Aufwachsen in Armut. Das von der Bundesregierung gesteckte Ziel der Lissabon-Strategie, Armut und soziale Ausgrenzung effektiv zu verringern wurde bis heute nicht erreicht. Dabei kommt es durch die auseinanderklaffende Schere bei den Einkommen und der Vermögensakkumulation zu Auswirkungen, die die gesamte Gesellschaft berühren. Auf der einen Seite verfestigen sich Armut und prekäre Lebensverhältnisse. Auf der anderen Seite wächst der Wohlstand an.

Ungleiche Einkommensverteilung wirkt sich nicht nur negativ auf die Menschen in den unteren Einkommensgruppen aus, aber dort insbesondere. Nach Wilkinson und Pickett (2009) sinken in einem Staat mit ungleicher Einkommensverteilung das interpersonale Vertrauen, die Lebenserwartung, das Bildungsniveau und die soziale Mobilität. Gleichzeitig steigt die Kindersterblichkeit, die Zahl der psychisch Erkrankten, der Inhaftierten und der Ermordeten. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse, muss eine breit angelegte Diskussion über Verteilungsgerechtigkeit und Umverteilung auf die politische Agenda gesetzt werden.

Beteiligung Benachteiligter sicherstellen

Ein Blick auf die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen verdeutlicht zudem, dass sich insbesondere arbeitslose Menschen vielfach nicht mehr an der politischen Willensbildung beteiligen. So gaben im Jahr 1996 noch 75,7 Prozent der Arbeitslosen an, bei der letzten Bundestagswahl gewählt zu haben. Im Jahr 2014 waren es lediglich 55,8 Prozent. Ursächlich für diese Entwicklung sei, so das Ergebnis eines Forschungsberichts von Prof. Dr. Armin Schäfer, u.a. die geringe Chance unterer Einkommensbezieher Politikänderungen umzusetzen. Schäfers Forschungsergebnisse waren ursprünglicher Bestandteil des 5. Armuts- und Reichtumsberichts. Die jetzige Fassung erwähnt diese nicht mehr. Dabei belegt der Forscher, dass die oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher eine statistisch signifikant höhere Chance haben, eine Politikänderung umzusetzen, als die unteren 10 Prozent. Ein Teil der Bürgerinnen und Bürger würde sich demnach von der politischen Beteiligung abwenden, weil sie ihre Interessen in der Politik nicht mehr vertreten sähen. Wir rufen daher alle politischen Vertreterinnen und Vertreter dazu auf, diesen Menschen wieder eine wahrnehmbare Stimme zu geben. Denn setzt sich dieser Trend fort, rührt er an den Grundfeilern unserer Demokratie.

Risikolagen junger Menschen minimieren

Um diese Risikolagen bei jungen Menschen und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Implikationen nachhaltig und dauerhaft zu minimieren, bedarf es politischer Veränderungen. Diese stehen aber weiterhin aus. Dabei ist ein guter Schulabschluss die beste Voraussetzung, einen Ausbildungsplatz zu finden und Armut zu überwinden. Aber auch auf dem Ausbildungsmarkt bleiben Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss immer häufiger auf der Strecke. Dies liegt nicht zuletzt an der Tatsache, dass Betriebe immer häufiger ausschließlich Abiturienten/-innen suchen.

Insgesamt bleiben zu viele ausbildungswillige Jugendliche bei der Vergabe der Ausbildungsplätze auf der Strecke. Im Jahr 2016 fanden 283.281 ausbildungswillige junge Menschen keine Ausbildungsstelle. Sie alle wurden von den Arbeitsagenturen als ausbildungsreif eingestuft. Zu ihnen zählen die offiziell

POSITIONSPAPIER

Bundesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V.

unversorgten Bewerber/-innen, die Bewerber/-innen in alternativen Angeboten und die Bewerber/-innen mit unbekanntem Verbleib. All diesen Interessenten standen lediglich 43.478 offene Stellen gegenüber. Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2016 bestätigt einen Anstieg der Zahl Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Berufsabschluss. Zahlen der Bundesagentur für Arbeit aus dem Jahr 2016 belegen, dass 47 Prozent aller Arbeitslosen ohne Berufsausbildung sind. Die Folgen sind Arbeitslosigkeit oder prekäre Beschäftigungen im Niedriglohnbereich.

Ziel muss es demnach sein, einem jeden Jugendlichen ein Ausbildungsplatz bereit zu stellen, um Menschen nicht dauerhaft von der gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen. Daher fordert die BAG KJS die Ausbildungsgarantie gesetzlich zu verankern. Das Recht auf Ausbildung soll prioritär durch betriebliche Ausbildung eingelöst und durch solidarische Instrumente finanziert werden. Wo dies nicht möglich ist, müssen ausreichende außerbetriebliche Ausbildungsangebote bereitgestellt werden.

Zudem spricht sich die BAG KJS angesichts der aktuellen Ausbildungsbilanz für die Weiterentwicklung der Assistierten Ausbildung als ein notwendiges und wirksames Angebot für die Zielgruppen der Jugendsozialarbeit aus. Durch intensive Begleitung und Unterstützung junger Menschen vor und während der Ausbildung eröffnet es berufliche Perspektiven und somit auch gesellschaftliche Teilhabe. Die Assistierte Ausbildung ist flexibel, bedarfsgerecht und praxistauglich gestalten.

Sanktionsrecht im SGB II entschärfen

Die BAG KJS hält die aktuelle Sanktionsregelung im SGB II für Jugendliche unter 25 Jahren für nicht weiter tragbar. Dass junge Menschen, die sich z. T. noch in der Entwicklungsphase befinden und die durch ihre Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen sozialen und ökonomischen Ausgrenzung einer besondere Vulnerabilität unterliegen, strenger sanktioniert werden als Erwachsene, wäre z. B. im Jugendstrafrecht nicht denkbar. Vor allem die mögliche Vollsanktionierung ist in mehrfacher Hinsicht nicht nachvollziehbar, da sie die Jugendlichen möglicherweise in die Wohnlosigkeit oder Kleinkriminalität führt. Die daraus entstehenden gesellschaftlichen Mehrkosten stehen in keinem Verhältnis zum erhofften erzieherischen Effekt.

Die mit Armut in ihren unterschiedlichsten Facetten einhergehenden Folgen für die Perspektiven junger Menschen bedingen ein gemeinsames Handeln aller gesellschaftlichen Akteure. Die BAG KJS appelliert an die politischen Verantwortlichen, die beschriebenen Maßnahmen umzusetzen.

Düsseldorf, 12. April 2017
Beschluss des Vorstands